

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Montags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Verleger: Verlagsanstalt Nr. 21296 — Schriftleitung Nr. 14874.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486 — Stadtkassenkonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile ober deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile ober deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einrechnung 100 Pf. Grundgebühr auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Zeichnungsblätter der Staatsschuldenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsblätter der Staatshofverwaltung.
Verantwortlich für die Redaktion: I. S. Dr. Frh. Krause in Dresden.

Nr. 170

Dresden, Donnerstag, 24. Juli

1930

Bisher 36 Leichen in Koblenz geborgen.

Koblenz, 24. Juli.
Wie wir erfahren, sind bis gestern mittags 36 Leichen geborgen. Man rechnet damit, daß noch vier bis fünf Tote unter der Brücke zwischen den Trümmern und im Schutt liegen. In ihrer Bergung wird weiter gearbeitet.

Im Stadtvorordnetenrat fand gestern die Trauerkundgebung für die Opfer des jüngsten Unglücks statt. Der Saal war schwarz verhüllt, die Fenstervorhänge zugezogen, und nur die umflorten Leuchter verbreiteten ein schwaches, gedämpftes Licht. Schwarzumflort war ein großes Kreuz, das auf beiden Seiten von Kranzkränzen umgeben war, im Saal aufgehängt. Als der Reichspräsident am Stadtsaal vorfuhr, begrüßte die Menge in trübem Schweigen.

An der Trauerkundgebung nahmen auch die in Koblenz anwesenden Mitglieder des Reichs und von Treußen und die übrigen Herren der Regierung des Reichspräsidenten teil. Zu Beginn der Trauerfeier berichtete Oberbürgermeister Ruffell über das Unglück. Mit tiefster Stimme nahm Reichspräsident v. Hindenburg als Ehrenbürger der Stadt Koblenz dann selbst das Wort. Er sagte aus:

Tief bewegt sehe ich als ehemaliger Bürger von Koblenz und Ehrenbürger in Ihrer Mitte, um Ihnen mein innigstes Mitgefühl auszusprechen über das große Unglück, das in so jünger Weise die grünte Festungsburg abgeschlossen hat. Ich gedenke mit Wehmut der Verstorbenen und warmer Teilnahme ihrer Hinterbliebenen. Wo es möglich ist, werde ich in der Not helfen. Ich habe gestern gerade mit Ihnen geteilt, heute empfinde ich mit Ihnen den tiefen Schmerz, der Sie und das Land getroffen hat. Gott segne die armen trauernden Hinterbliebenen in ihrem Leide und segne die neuen Entschlafenen.

Oberbürgermeister Dr. Ruffell dankte dem Reichspräsidenten für diese aus ganzem Herzen kommenden Worte. Sie sollen uns, sagte er hinzu, trotz dem tiefen Trauer werde ich den Hinterbliebenen übermitteln. Auf die Bitte des Oberbürgermeisters erhob sich die Trauerversammlung zum Andenken der Verstorbenen und weihte ihnen ein stilles Gebeten.

Wie wir hören, hat der Reichspräsident für die Hinterbliebenen zunächst eine Summe von 10.000 M. zur Verfügung gestellt.

Die in einigen Tageszeitungen verbreitete Meldung, daß von einer Dresdner Reisegesellschaft zwei Teilnehmer bei dem Wüstensturz in Koblenz ums Leben gekommen seien, trifft, wie uns die Reichsbahndirektion Dresden mitteilt, in dieser Form nicht zu. Von den Teilnehmern am Sonderzug der Reichsbahndirektion Dresden nach Koblenz ist eine Dame, und zwar eine Frau Bächel aus Buchholz im Erzgeb., bei dem Wüstensturz tödlich verunglückt. Die übrigen Teilnehmer sind unversehrt.

Rückkehr des Reichspräsidenten nach Berlin.

Berlin, 24. Juli.
Der Reichspräsident ist gestern abend mit dem fuhrerfähigen Schneepflug um 10.36 Uhr auf dem Bahnhof Friedrichstraße eingetroffen, wo er von dem Reichskanzler Dr. Brüning und dem Reichsminister für die besetzten Gebiete Treviranus empfangen wurde.

Der Reichspräsident, der von einer großen Menschenmenge achtungsvoll begrüßt wurde, bezog sich vom Bahnhof unmittelbar in sein Palais.

Die Einnahmen des Reichs im Juni.

Berlin, 24. Juli.
Im Juni d. J. betragen die Einnahmen des Reichs bei den Besitz- und Verlehrssteuern 21,9 Mill. RM., bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben 214,0 Mill. RM., insgesamt 235,9 Mill. RM. Gegenüber dem Mai ist im Juni das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer um 36,0 Mill. RM., der Körperschaftsteuer um 8,1 Mill. RM., und aus der Umsatzsteuer um 2,6 Mill. RM. geringer. Die Einnahmen aus der Vermögenssteuer sind im Juni ebenfalls geringer als im Mai, nämlich um 66,7 Mill. RM. Die Einnahmen aus den übrigen Besitz- und Verlehrssteuern weichen nur unmerklich von denen im Mai ab. An Zöllen und Verbrauchsabgaben sind im Juni 8,3 Mill. RM. mehr aufgenommen als im Mai.

Über 1700 Tote im italienischen Erdbebengebiet. 3188 Häuser eingestürzt.

Nach amtlichen Mitteilungen beträgt die Gesamtzahl der Toten im süditalienischen Erdbebengebiet 1778, die der Verwundeten 4264. Vollkommen eingestürzt sind 3188 Häuser, 2757 Häuser wurden beschädigt.

Von den Bergungsarbeiten im Erdbebengebiet werden tragische Szenen berichtet.

Ganze Familien sind ums Leben gekommen. Eine Frau war mühsam lebend aus den Trümmern befreit worden. Bevor sie jedoch weitergetragen werden konnte, trat plötzlich ein Nachbeben ein, das ein Quaderblock kam ins Rollen und getuschelt der Frau den Schädel. Auch unter dem Rettungspersonal, das unter Einwirkung des eigenen Lebens sich um die Verunglückten bemüht, sind bereits Opfer zu verzeichnen.

Die im Hauptbebengebiet fast völlig zerstörten Gemeinden bieten einen trostlosen, erschütternden Anblick. Abgesehen von den sehr wenigen erdbebensicher gebauten Häusern sind eine ganze Anzahl von Gebäuden nimmere Stein- und Schutthaufen, aus denen gespensterhaft die dicken hohen Mauern jahrhundertalter Paläste herausragen. Auch der Schaden an den Kirchen ist sehr groß. Eine beträchtliche Anzahl von Kirchen ist in sich zusammengebrochen und in Stein- und Schutthaufen verwandelt.

In dem Dorf San Bartolomeo, in dem fast kein Stein aus dem anderen geblieben ist, wurde selbstmörderisch ein mittelalterliches Schloß aus dem Erdbeben verschont. Die Wirkung des Erdbebens in dem Hauptgebiet war überall so stark, daß fast alle Häuser, selbst wenn sie den heftigen Stößen standhielten, bedeutliche Mauerriße

zeigten. In einzelnen Gemeinden, wie Aquilona und Villanova, in denen kein Haus mehr bewohnbar ist, gibt es keine einzige Familie, die nicht mindestens eines ihrer Mitglieder unter den Toten zu beklagen hat.

Gemeinen an den großen Verlusten an Menschenleben und an der verheerenden Wirkung des Erdbebens in den Hauptgebieten ist der Schaden und die Zahl der Toten in den entfernteren Provinzen ebenfalls beträchtlich gering zu nennen. Immerhin liegen auch hier Meldungen über ganz beträchtliche Gebäudeschäden vor.

Im Gebiet von Neapel zeigt eine Reihe von Kirchen, darunter die Kathedrale von Neapel, Risse in den Mauern. Viele Paläste Neapels, so auch der Bischofssitz des Kardinals und Erzbischofs Aleksi sind beschädigt.

Aus Capri und den dem Golf von Neapel vorgelagerten Inseln wird kein Schaden gemeldet.

Die Bevölkerung Neapels, die auch in der vergangenen Nacht zum Teil im Freien blieb, begab sich gestern den ganzen Tag hindurch in dichten Scharen in die Kathedrale, um den Neapeler Stadtheiligen Gennaro zu verehren. Zwischen 4 und 7 Uhr wurde auf dringendes Verlangen der Bevölkerung seine in feierliche Gewänder gehüllte Statue auf dem Tempel ausgestellt, die die Wassen weinend und betend umgaben.

Gründung einer konservativen Volkspartei.

Einigung zwischen Westarp und Treviranus.

Berlin, 24. Juli.
Die Verhandlungen der aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschiedenen Abgeordneten und der konservativen Vereinigung für Sammlung aller konservativen Kräfte in einer neuen gemeinsamen Organisation, die vom Reichsminister Treviranus, dem Abgeordneten v. Uebeiner-Wildau einerseits und Graf Westarp, Dr. v. Trepander andererseits geführt wurden, haben gestern zu einer völligen Einigung und zur Gründung der konservativen Volkspartei geführt.

Die neue Partei tritt mit einem Gründungsauftrag an die Öffentlichkeit. Die Leitung hat ein Ausschuss übernommen, der aus den Herren Habermann, v. Kamede, v. Lettow-Sorbed, v. Uebeiner-Wildau, Dr. Rademacher und Treviranus besteht. Daneben besteht ein Beirat, zu dem Dr. v. Dyhandt, Dr. v. Gierke, Dr. Goetsch, Lambach, Dr. Rejanne-Jung, Graf Schulenburg-Tressow und Graf Westarp gehören. Die Reichstagsfraktion der konservativen Volkspartei befindet sich in den Räumen der bisherigen Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Vereinigung.

In dem Gründungsauftrag der neuen konservativen Volkspartei heißt es u. a.: Die Deutschnationale Volkspartei hat den wirksamen Einfluß konservativer Kräfte verhindert und droht, die Herrschaft der Linken zu einer dauernden zu machen. Wir lassen deutsche Volkskraft nicht schlummern und damit die Voraussetzungen innerer und äußerer Verfallung. Im Bewußtsein der Gefährdung von Staat und Wirtschaft sind wir entschlossen, in nationalpolitischer Gemeinschaftsarbeit und Aufgabenteilung mit vorkommenden Parteien und Gruppen in Stadt und Land zusammenzuwirken. Wir sind überzeugt, daß sich Parteien nicht nur zu bekämpfen, sondern im Blick auf das Ganze zu ergreifen haben. Die Lösung der großen und größten Aufgaben liegt in innerer Erneuerung voraus. Aus den lebendigen Quellen des Christentums wollen wir die in friedlichem Wettstreit der Weltkenntnis gewinnen.

Soziale Klassenforderung von oben und unten wollen wir überwinden. Das notwendige Streben des einzelnen nach wirtschaftlichem Erfolg darf

Nation und Staat nicht schwächen. Selbstverwaltung durch die Räteverbände soll den Staat von täglicher Einmischung in Rechte und Pflichten des Staatsbürgers fernhalten. So wollen wir die Autorität des Staates und der Staatsdiener wieder herstellen.

Unser Staat soll wieder ein wehrhafter Staat werden. Hierzu müssen in der Staatsführung konservative Kräfte so zur Geltung kommen, daß der Staat fähig wird, im Kampfe um die deutsche Freiheit in der ganzen Welt den gesammelten Freiheitswillen einer geeinten Nation einzufügen. Deshalb rufen wir auf zur Gründung der konservativen Volkspartei.

Treviranus Führer der konservativen Volkspartei.

Berlin, 24. Juli.
Wie Graf Westarp den Wählern zufolge erklärt, nehmt er dem engeren Vorstand der konservativen Volkspartei auf seinen eigenen Wunsch nicht an, sondern nur dem weiteren Vorstand der neuen Partei. Diese Wählung ist, wie er ausdrücklich betont, auf seinen eigenen Wunsch erfolgt, um sich der Aufgabe der Sammlung der konservativen Elemente und insbesondere der engen Zusammenarbeit zwischen Landvolkspartei und konservativer Volkspartei widmen zu können. Zum Führer der Partei wird, wie die „Germania“ mitteilt, voraussichtlich Treviranus gewählt werden.

Der Reichskanzler über die Maßnahmen des Reichs.

Berlin, 24. Juli.
Reichskanzler Dr. Brüning hat dem Berliner Vertreter der „New York Times“ Ausführungen für sein Blatt zur Verfügung gestellt, in denen es u. a. heißt:

Die angespannte Finanzlage des Reichs, die die parlamentarischen Kämpfe der letzten Monate veranlaßt, ist in erster Linie durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise bedingt. Die Reichsregierung hat sofort das bedrohliche Gleichgewicht des Reichshaushalts durch neue Einnahmen

und durch Ersparnisse wieder hergestellt versucht und sich im wesentlichen im Parlament insofern durchgesetzt, als die Notwendigkeit neuer Einnahmen und Ersparnisse anerkannt wurde. Durch die Vielfalt der deutschen Parteien ist es aber erfahrungsgemäß immer sehr schwer, eine völlige Übereinstimmung über die Einzelheiten zu erzielen, da fast jede Partei ihre Zustimmung abhängig macht von Inzidenzen der Regierung gegenüber ihren besonderen Wünschen, die von anderen Parteien aber um so schärfer abgelehnt werden. So war es auch diesmal. Lediglich war die Reichsregierung gezwungen, alle Möglichkeiten der Verfassung auszunutzen, um das Gleichgewicht des Reichshaushalts unter allen Umständen zu sichern. Sie hat dabei zu dem Artikel 48 der Reichsverfassung gegriffen, über den vielfach im Ausland keine Klarheit besteht. Jeder Staat kennt ein Notstandsrecht. Der Artikel 48 der Reichsverfassung gibt ihm für das Reich keine Form. Mit den Theorien der Diktaturanhänger hat er nicht das geringste zu tun. Der Artikel 48 ist häufig vom Reichspräsidenten über auch in weniger wichtigen Fällen und in Gegenwart des Reichstags angewandt worden. Die Reichsregierung hat — genau im Geiste der Verfassung — ihre Notverordnungen unterzucht dem Reichspräsidenten vorgelegt und sie aufgehoben, nachdem eine Mehrheit des Reichstags dies verlangt hatte. Sie hat nun, entsprechend den großen Prinzipien eines demokratischen Staats, an das Volk appelliert, um sein Urteil einzuholen. So wird in der Zwischenzeit zur Sicherung der Finanzen unerschütterlich dem Reichspräsidenten Vorschläge zu einer neuen Notverordnung unterbreitet, die dem nach den Bestimmungen der Verfassung zu wählenden und zusammenzurufenden Reichstag zur Entscheidung vorgelegt werden.

Verpflichtungen bei Aufträgen auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Berlin, 24. Juli.
Das Reichskabinett hat beschlossen, den Firmen, die durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung zusätzliche Aufträge erhalten, folgende Verpflichtungen aufzuerlegen:

1. Die Firmen müssen sich verpflichten, die fraglichen Aufträge ohne Überhanden auszuführen. Es soll Sorge dafür getragen werden, daß ausreichende Lieferfristen gestellt werden.
2. Die Firmen müssen sich verpflichten, sich die Arbeitskräfte, die sie zur Ausführung der zusätzlichen Aufträge einstellen, von den Arbeitsämtern nachweisen zu lassen.
3. Die Firmen müssen sich schließlich verpflichten, für die zusätzlichen Aufträge nur inländisches Material zu verwenden, falls dieser Verwendung nicht aus technischen Gründen oder aus Gründen der Preisgestaltung unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen.

Reichsbahn und Reichspost haben sich bereit erklärt, ihrem Lieferanten die vorstehenden Verpflichtungen aufzuerlegen. Auch für das zusätzliche Wohnungsbauprogramm sind entsprechende Anordnungen an die Landesregierungen ergangen.

Steuerfreiheit für Verfassungsfeier.

Berlin, 24. Juli.
Nach einer Verordnung vom 2. Juli 1929 sind Veranstaltungen, die am 11. August aus Anlaß und zu Ehren des Verfassungstages unternommen werden, von der Vermögenssteuer befreit. Die Befreiung hängt also davon ab, daß es sich um eine Veranstaltung am Verfassungstage selbst handelt, daß sie durch ihn veranlaßt ist und ihm zu Ehren stattfindet. Nur wenn alle drei Voraussetzungen zusammenfallen, besteht das Recht auf Steuerfreiheit.

Keine Koalitionserklärung in Thüringen.

Weimar, 24. Juli.
Unter der Überschrift „Bevorstehende Regierungserklärung in Thüringen?“ bringt ein Teil der thüringischen Presse eine Nachricht, daß zwischen der Volkspartei und dem Landbund Verhandlungen mit dem Ziele stattgefunden hätten, das Koalitionsverhältnis mit den Nationalsozialisten zu lösen. Wie hierzu aus Kreisen der Linken der Regierung Bekundungen mitgeteilt wird, entspricht diese Meldung nicht den Tatsachen.